

Maria Alexopoulou  
Deutschland und die Migration





Maria Alexopoulou

# **Deutschland und die Migration**

**Geschichte einer  
Einwanderungsgesellschaft wider Willen**

RECLAM 

2020 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,  
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen  
Druck und buchbinderische Verarbeitung: GGP Media GmbH,  
Karl-Marx-Straße 24, 07381 Pößneck  
Printed in Germany 2020  
RECLAM ist eine eingetragene Marke  
der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart  
ISBN 978-3-15-011311-0

Auch als E-Book erhältlich

[www.reclam.de](http://www.reclam.de)



# Inhalt

## Einleitung 7

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft 7

Verflochtene Geschichten 11

Gegengeschichten 15

## Vor der ›Stunde Null‹ – Migrationen, Herkunftshierarchien und die Geburt der »Volksgemeinschaft« 19

Imperiale Verhältnisse 23

Die »deutsche Volksgemeinschaft« formiert sich –

Die Weimarer Republik 42

*Ausländer* im »Dritten Reich« 50

## Die ersten *Ausländer* der Bundesrepublik 64

Die ›Stunde Null‹: *Displaced Persons* in Mannheim 66

»Heimatlose Ausländer« 81

Das Machen der ›Stunde Null‹ 92

## Die ›Gastarbeiter‹ sind da! 95

Wer waren die ›Gastarbeiter‹? 98

Das System ›Gastarbeit‹ 109

Keine neuen Deutschen! 119

## Die Geburt des »ausländischen Mitbürgers«

### und des »Scheinasyllanten« 123

Die *Ausländer* 123

Von ›Gastarbeitern‹ zu »ausländischen Mitbürgern« 125

Die »Scheinasyllanten« 162

## Konjunktur des Rassismus und der Kampf um Rechte 185

»Ausländerfeindlichkeit«? 193

Auf der anderen Seite der Mauer 207

»Wir sind auch das Volk!« 213

## Einwanderungsgesellschaft wider Willen 228

»Das Fest des deutschen Mitbürgers« 234

Solidarität 239

Das Versprechen der Demokratie 244

Anmerkungen 251



## Einleitung

### Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft

Deutschland ist aus einem tiefen Schlaf erwacht und hat plötzlich erkannt, eine Einwanderungsgesellschaft zu sein. Es bedurfte der sogenannten ›Flüchtlingskrise‹ 2015, damit sich erstmalig eine Mehrheit der Bevölkerung und ihrer politischen Vertreter\*innen klar zu diesem Faktum bekannte. Trotz der gesellschaftlichen Spaltung, die diese Frage (wieder einmal) ausgelöst hat, ist dies eine historische Zäsur.

Diese Aussage mag überraschen, schließlich kann Deutschland auf eine 150-jährige Einwanderungsgeschichte zurückblicken. Folgende Differenzierung ist dabei wichtig: Während *Migrations*-geschichte als breiteres Feld zu verstehen ist, das transnationale, transregionale und translokale Mobilität samt der Geschichte der damit zusammenhängenden Institutionen sowie der beteiligten Akteur\*innen umfasst, hat die Geschichte der *Einwanderungs*-gesellschaft Deutschland, um die es in diesem Buch primär gehen soll, einen anderen Gegenstand, nämlich die deutsche Gesellschaft und ihre Formen der Vergesellschaftung in Anbetracht von (deziert unerwünschter) Einwanderung.

Dabei ist selbst der Begriff der *Einwanderung* erst seit einigen Jahren in diesem Kontext üblich, ja überhaupt sagbar. Einwanderung wird als ein sukzessiver Prozess verstanden, der zur dauerhaften Niederlassung in einer Gesellschaft führt und üblicherweise mit der Erteilung voller Bürger\*innenrechte für die Eingewanderten einhergeht. Da Einwanderung in Deutschland jedoch nicht erwünscht war, sprach man selbst in der Forschungsliteratur bis vor kurzem kaum davon. Stattdessen war meist von *Migration* oder *Zuwanderung* die Rede, wobei *Zuwanderung* ein neutraler Begriff aus der Statistik ist, der allerdings in der politischen Debatte oftmals benutzt wurde und wird, um die faktische Einwanderung nicht als solche benennen zu müssen. *Migration* bezeichnet dage-

gen insgesamt menschliche Mobilität und gehört quasi zu den Grundbedingungen der Menschheitsgeschichte,<sup>1</sup> auch wenn der Begriff in medialen und politischen Debatten sowie im Alltagsverständnis immer wieder höchst normativ verstanden und ideologisch aufgeladen wird.

Der bis in die Gegenwart vorhandene Widerwille, die Bundesrepublik als ein Einwanderungsland zu verstehen, ging damit einher, dass auch die Geschichte Deutschlands als Einwanderungsgesellschaft weitgehend unbeachtet blieb. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen stellen die einzige Einwanderer\*innengruppe dar, die bislang fester Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur und der nationalen Meistererzählung ist. Gleichwohl wurden sie sehr lange gar nicht unter dem Blickwinkel Migration, geschweige denn als Einwanderer\*innen, betrachtet, erst recht sahen und bezeichneten sie sich selbst nicht als solche.

Alle anderen Menschen mit Migrations- oder Einwanderungsgeschichte, die inzwischen ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachen und in manchen Städten wie Mannheim etwa 45 Prozent der Stadtbevölkerung stellen, wurden bislang quasi als Zufallsprodukte der Geschichte betrachtet: Die Art, wie in öffentlichen und politischen Debatten oder selbst innerhalb der Geschichtsschreibung über sie gesprochen wurde, erweckt den Eindruck, dass ihre Vorfahren bzw. sie selbst mehr oder weniger versehentlich in Deutschland gelandet seien. Das Einsetzen von Einwanderungsprozessen wird als Fehlentwicklung betrachtet, als Folge unbedachter politischer Entscheidungen, die aufgrund des wirtschaftlichen Booms oder auf der Grundlage des (zu) liberalen deutschen Asylrechts getroffen wurden, ohne die Konsequenzen zu bedenken. Denn Deutschland war ja – anders als die sogenannten klassischen Einwanderungsländer, worunter man die USA, Kanada, Großbritannien und Frankreich verstand – kein Einwanderungsland. Nur dass Deutschland im gesamten 20. Jahrhundert statistisch gesehen zu den führenden Einwanderungsländern gehörte. Im Verlauf des vergangenen Jahrhunderts verzeichnete Deutschland im weltweiten Vergleich meistens die zweitgrößte Zahl an Einwanderer\*innen nach den USA.

Eine einstige Kolonialmacht war Deutschland ebenso wenig, zumindest glaubte es das sehr lange; es hatte also auch keinerlei Erfahrungen im Umgang mit »Fremden« wie etwa Frankreich und Großbritannien. Dabei hat Deutschland zwar eine kurze, aber von den Zeitgenoss\*innen im Deutschen Kaiserreich und in den »Schutzgebieten« sehr intensiv erlebte und ereignishistorisch herausragende Kolonialgeschichte: Nicht zuletzt gilt der in Deutsch-Südwestafrika verübte Genozid an den Herero und Nama in den Jahren 1904 bis 1908 welthistorisch als der erste seiner Art. Zudem wird die deutsche Kolonisierung Osteuropas zunehmend ebenfalls als Teil einer deutschen Kolonialgeschichte verstanden.

In Deutschland existierte nach 1945 auch kein Rassismus mehr, so die weitverbreitete Meinung. Der sei mit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland als politisches System, Ideologie und Überzeugung in der ›Stunde Null‹ verschwunden, bis er dann spätestens mit dem Aufkommen einer neuen Generation in den 1970er Jahren vollkommen ›ausgestorben‹ sei. Auch die akademische deutsche Zeitgeschichte, deren selbstgestellte Hauptaufgabe es zunächst war, die Entwicklung vom »Dritten Reich« hin zu einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft historiographisch zu begleiten, sah bis vor kurzem keinen Anlass, sich mit der Geschichte des Rassismus in Deutschland seit 1945 zu beschäftigen. Die Geschichtsschreibung der DDR hatte sich zwar den Anti-Rassismus auf die Fahnen geschrieben, was aber kaum nachhaltige Wirkung auf die gesamtdeutsche Historiographie hatte.

Umso größer war bei den führenden Zeithistorikern – hier ist bewusst nur die männliche Form gewählt, da Männer weiterhin die Debatten dominieren – die Ratlosigkeit darüber, wo all dieser offene Rassismus, der den Geflüchteten aus Syrien und anderen Krisengebieten der Welt seit 2015 entgegengebracht wurde, plötzlich herkam. Die Wahlerfolge der AfD konnten nicht allein auf den Einfluss der rechtsextremen Szene oder auch nur den aktuellen globalen Siegeszug des Rechtspopulismus zurückgeführt werden. Die klassischen Erklärungsmuster von den »Ängsten der Bürger« oder von der ökonomischen Krise, die in Phasen von Konjunkturen des

Rassismus in Deutschland immer wieder zum Einsatz gekommen waren, schienen nun ebenfalls nicht mehr richtig zu greifen.

Bei der Analyse der Ereignisse rund um den sogenannten Asylkompromiss 1993 hatte man sich letztlich mit Erklärungen zufriedengegeben, die das Phänomen sehr verkürzt darstellten: Die Pogrome gegen Asylbewerberheime und der offene Hass auf *Ausländer* und ›Asylanten‹ seit Ende der 1980er Jahre, die mehrere Migrant\*innen das Leben kosteten, trafen auch Menschen, die schon lange als Einwanderer\*innen in Deutschland gelebt hatten. Ziemlich vereinfachend wurde diese Gewalt als Ausdruck von Problemen abgehängter junger ostdeutscher Männer interpretiert, die mit den Entwicklungen der Wiedervereinigung nicht zurechtgekommen und deshalb zu Rechtsextremen geworden seien. Rechtsextreme Kräfte und Bewegungen für die alleinige Ursache des Rassismus in Deutschland zu halten, ist jedoch nicht nur historisch falsch, sondern auch gefährlich.

Nach einer Rede, in der der AfD-Politiker Björn Höcke das Holocaust-Mahnmal in Berlin ein »Denkmal der Schande« genannt hatte, erklärte der Leiter des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam, Martin Sabrow, den Erfolg, den diese Partei im Gefolge der ›Flüchtlingskrise‹ hatte, damit, dass der Anspruch der Geschichtsschreibung, Aufklärung zu leisten, gescheitert sei.<sup>2</sup> Dabei verschwieg Sabrow aber, dass die deutsche Zeitgeschichte den Rassismus seit 1945 eben nicht aufgeklärt, sondern in großen Teilen einfach ignoriert hatte.<sup>3</sup> Einer der führenden NS-Forscher, Michael Wildt, versuchte die Rückkehr von Konzepten wie der »Volksgemeinschaft« zu erklären, indem er von 1945 quasi direkt in die Gegenwart sprang, ohne sich genau anzuschauen, dass auch in der Zwischenzeit Vorstellungen vom »deutschen Volk« als einer homogenen ›Blutgemeinschaft‹ weiterhin tief verwurzelt und sogar ins Grundgesetz eingeschrieben gewesen waren.<sup>4</sup>

Was diese beiden Historiker wie viele andere Kolleg\*innen und weitere Kommentator\*innen also nicht sahen bzw. durch ihre Beiträge noch bekräftigten, ist der große blinde Fleck in der neuesten deutschen Geschichte, nämlich der Fortbestand des Rassismus in

Deutschland seit 1945. Dessen Geschichte umfasst neben dem Antisemitismus und dem Antiziganismus (also dem spezifisch gegen Sinti und Roma gerichteten Rassismus), die in Deutschland nie zu existieren aufhörten, auch den Rassismus gegen »Migrationsandere« – Migrant\*innen, früher *Ausländer*, die als wesenhaft Andere kein Teil des »Wir« sind, sein können oder gar sein dürfen. In diesem Buch soll diese Seite der Geschichte der Einwanderungsgesellschaft Deutschland offengelegt werden.

## Verflochtene Geschichten

Als der deutsche Fußballspieler Mesut Özil im Sommer 2018 bei seinem Rückzug aus der Nationalmannschaft dem Deutschen Fußballbund Rassismus vorwarf, stieß er in der Öffentlichkeit mehrheitlich auf Ablehnung oder zumindest Skepsis. Denn sein eigenes Verhalten in der »Causa Özil« war alles andere als vorbildlich gewesen. Seine offensichtlichen Sympathien für den türkischen Staatspräsidenten wurden als Illoyalität gegenüber der Bundesrepublik empfunden. Das machte sein Handeln aus der Sicht vieler zumindest moralisch fragwürdig, und er schien damit auch sein Recht verwirkt zu haben, Rassismuskritik vorzubringen, die landläufig ohnehin als moralisierend oder als Polemik verstanden werden.

Es bleibt aber dennoch die Frage des Rassismus und der Rolle, die er in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland spielt. Denn Özils weithin kritisierte öffentliche Abrechnung mit dem DFB löste die #metoo-Debatte auf Twitter aus, die nicht ohne weiteres mit einer Variante des Moralismusvorwurfs abgetan werden konnte. Unter diesem Hashtag erzählten vor allem junge Menschen von ihren Diskriminierungserfahrungen, die auf ihre nichtdeutsche Herkunft zurückgehen. Damit legten sie – ähnlich wie die Frauen, die unter dem Originalhashtag #metoo sexuelle Belästigung thematisiert hatten – offen, wie alltäglich und banal Rassismus – ebenso wie Sexismus – eigentlich ist und wie sehr er diejenigen, die ihn erfahren, im Innersten treffen oder ihre Lebenschancen beeinflussen kann.

Die durch unzählige Erfahrungsberichte, aber auch durch Studien belegten Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen von Migrant\*innen in Deutschland machen gerade das aus, was der Psychologe und kritische Migrationsforscher Mark Terkessidis bereits 2004 in Anlehnung an Hannah Arendts berühmtes Buch sehr klug die »Banalität des Rassismus« genannt hat. Damit meint er die strukturellen, institutionellen und sprachlichen Diskriminierungen sowie Alltagserfahrungen, die Migrant\*innen in Deutschland als Teil einer vermeintlichen Normalität erleben.

Dieser »banale« Rassismus äußert sich nicht als Gewalt oder Hassrede, sondern in einem höheren Armutsrisiko, schlechteren Zugängen zu Bildung, zum Arbeitsmarkt und zum Wohnungsmarkt, *racial profiling*, sich ständig wiederholenden Überfremdungs- und Integrations(unfähigkeit)sdebatten und alltäglichen Mikroaggressionen – also abwertendem Verhalten wie Augenrollen, Nicht-Einbeziehen usw. – gegenüber Minderheiten bzw. Migrant\*innen. Aber er manifestiert sich auch in der Tatsache, dass viele Migrant\*innen in der zweiten und dritten Generation sich immer noch nicht als gleichwertige Bürger\*innen und damit als Deutsche fühlen – oder es faktisch auch nicht sind. Doch diese Zustände werden von der Mehrheitsgesellschaft meist ignoriert, und der Rassismuskritik, den Migrant\*innen übrigens nicht erst seit einigen Jahren, sondern seit jeher artikulieren, wird als übertrieben und moralisierend abgetan. Doch woran liegt es, dass Rassismus reflexhaft mit Moralismus in Verbindung gebracht wird?

Eine Erklärung besteht darin, dass in Deutschland das Thema Rassismus stets im Kontext des Nationalsozialismus bzw. des Holocausts steht. Das Aufzeigen von Rassismus hat dabei lange Zeit immer und immer wieder die Frage nach der Schuld und somit nach der individuellen Verantwortung für den Holocaust aufgerufen. Dabei geriet das Thema in seiner historischen wie auch in seiner jeweils aktuellen Dimension in eine Schiefelage: Denn erstens ist Rassismus weit mehr als eine Frage der Moral oder von individuellen oder kollektiven Gefühlen und Haltungen. Es handelt sich um ein äußerst komplexes, vielschichtiges und vielgesichtiges Phäno-

men, das nicht nur in die Moderne eingeflochten, sondern gar deren dunkle Seite ist, wie der Philosoph Achille Mbembe das nennt.

Zweitens ist Rassismus nicht mit den extremsten Formen, die er angenommen hat, gleichzusetzen. Die moralische Entrüstung, die diese vermeintliche Gleichsetzung erzeugt und in deren Licht alle anderen Formen der Herabsetzung von Gruppen aufgrund ihrer Herkunft als unbedeutend abgetan werden, machte Rassismus in seinen übrigen Facetten und als Phänomen insgesamt in Deutschland nach 1945 unsagbar und damit unsichtbar, was letztlich mit zu seinem Erhalt beigetragen hat. Die Empörung über die Verwendung des Begriffs Rassismus wurde und wird dabei teils bewusst eingesetzt. Der britische Soziologe Keith Kann-Harris hat in Bezug auf Antisemitismus-Vorwürfe angemerkt, dass es auf ironische Art und Weise ein später Sieg Hitlers sei, wenn selbst offensichtliche Antisemiten den Vergleich zum Holocaust benutzen, um ihre eigenen antisemitischen Haltungen zu relativieren.<sup>5</sup>

Es gilt also, Rassismus historisch in all seinen Formen und in einem viel breiteren zeitlichen Horizont zu erfassen. Nur so kann man ihn als vergangenes *und* gegenwärtiges Phänomen begreifen, das auch zwischen 1945 und heute eine Geschichte hat und zudem die Geschichte der jeweiligen Gesellschaften, in denen es sich entfaltete, nachhaltig prägte. Deutschland hat in den zwölf Jahren, in denen das nationalsozialistische Regime herrschte, welthistorisch die radikalste Form des Rassismus hervorgebracht. Doch diese Extremform rassistischer Ideologie und Praxis entstand weder aus dem Nichts noch verschwand sie wieder dorthin. Sie hatte eine Vor- und eine Nachgeschichte, oder korrekter: Die Geschichte des Rassismus in Deutschland ist nicht deckungsgleich mit der Geschichte des Nationalsozialismus.

Sie fällt sicher ebenso wenig mit der Geschichte von Migration und Einwanderung zusammen, sie sind aber eng miteinander verflochten. Schon seit der Gründung des Kaiserreichs 1871 entwickelte sich ein rechtlicher, ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Umgang mit *Ausländern*,<sup>6</sup> der diese nach dem Wert ihrer Herkunft hierarchisierte und dementsprechend zu den Deutschen in

Beziehung setzte. Auch die Frage, wer Deutscher war oder sein durfte, wurde immer wieder auch im Kontext von Migration gestellt und ausgehandelt. Dabei entwickelte sich eine Binarität zwischen ›dem Deutschen und dem *Ausländer*‹, die anhand eines Konglomerats aus Blut und Kultur – beides zusammen wurde unter dem Stichwort Abstammung oder Herkunft zusammengefasst – voneinander unterschieden wurden. Jenes Kriterium bestimmte, ob ein\*e Migrant\*in als »wertvoller Bevölkerungszuwachs« angesehen wurde und sich einbürgern lassen durfte – oder ob er/sie zu jenen Gruppen gehörte, die höchstens ein begrenztes Aufenthaltsrecht auf deutschem Territorium erhalten sollten. Die Binarität ›Deutscher und *Ausländer*‹ wurde ergänzt durch eine Hierarchisierung der einzelnen nichtdeutschen Herkunftsgruppen untereinander, die über deren Rechte und Privilegien und damit auch über deren Wahrnehmung innerhalb der Gesellschaft entschied.

All diese Prozesse sind ein wichtiger Bestandteil der Geschichte des Rassismus in Deutschland, aber historiographisch wenig aufgearbeitet und allgemein innerhalb der deutschen Erinnerungskultur kaum bekannt. Dies wirft ein schlechtes Licht auf die Rolle Deutschlands, das sich angesichts der eigenen, inzwischen international als vorbildlich geltenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gern als »Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung« sieht bzw. auch oft so gesehen wird. Denn weder das Fortleben des Antisemitismus noch der Rassismus gegen *Ausländer* oder auch gegen Sinti und Roma sowie Schwarze Deutsche, die vor 1945 Normalität waren und die die ›Stunde Null‹ überlebt haben, können angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen einfach als Randphänomene weggewischt werden, mit denen man sich nicht eingehender beschäftigen muss. Es ist höchste Zeit, nachzuzeichnen, durch welche Mittel, auf welche Weise und mit welchen Konsequenzen Rassismus seit 1945 weiterwirkte.

Die Position, die ich in diesem Buch mit Daten und Fakten begründe, lautet, dass die Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft Deutschland stark von rassistischem Wissen über *Ausländer* geprägt wurde, das schon weit vor 1933 entstanden war und über

unterschiedliche Wege bis heute weitergegeben und neu produziert wurde. Rassistisches Wissen, das sei betont, ist falsches Wissen und damit nicht mit Erkenntnis oder gar Wahrheit gleichzusetzen. Es existiert in Diskursen, etwa als das ewige Gerücht über den kriminellen *Ausländer*. Es existiert in Institutionen, beispielsweise über lange Zeit im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht, das deutsches Blut als Kriterium der Zugehörigkeit festgelegt hatte. Es existiert in Strukturen, etwa in der politischen Partizipation, von der Einwanderer\*innen sehr lange bewusst ausgeschlossen wurden.

Rassistisches Wissen ist also nicht allein Bestandteil von individuellen Haltungen, von Vorurteilen oder Ressentiments, sondern findet sich über das oben Erwähnte hinaus auch in eingespielten bürokratischen Praktiken, in unhinterfragtem Alltagswissen, in Begriffen und in Topoi. Dieses Wissen wird aktiv oder unbewusst genutzt, und es kann bewusst oder auch strategisch, aus Unwissenheit und Geschichtsvergessenheit oder einfach aus Desinteresse ignoriert werden. Rassistisches Wissen verdeckt oder legitimiert dabei letztlich die Macht der Privilegierten in diesem Verhältnis. Es ist zudem als *Wissen über Rassismus* vorhanden, nämlich als Wissen derer, die von Rassismus betroffen sind.

## Gegengeschichten

Ich habe es nie bereut, nach Deutschland gekommen zu sein. Das Einzige, was mich stört, ist diese Betonung auf »Ausländer«, »Gastarbeiter« oder »Mitbürger«. Wenn man »Gastarbeiter« genannt wird, dann wird man nur als Arbeiter betrachtet. Das nenne ich weiße Sklaverei! Deshalb sagen wir: Weg damit! Egal was du von Beruf bist, selbst Rektoren macht es fertig, wenn man sie »Mitbürger« nennt.<sup>7</sup>

Diese Sätze stammen aus einem lebensgeschichtlichen Interview von 2005 mit einer verrenteten griechischen »Gastarbeiterin«. Age-

Ageliki Gountenidou kam im Jahr 1958 nach Mannheim, um ihren Bruder zu besuchen. Er war bereits in den 1940er Jahren als sogenannter »fremdvölkischer Zivilarbeiter« aus Athen nach Deutschland gekommen, hatte in den Nachkriegswirren eine deutsche Frau geheiratet und war bei ihr geblieben. Ageliki hatte gar nicht vorgehabt, nach Deutschland auszuwandern, wenn überhaupt träumte sie von Amerika. Doch sie blieb in Mannheim, arbeitete und lebte dort, gründete eine Familie, bekam Kinder, kaufte ein Haus, ging in Rente, verstarb und liegt nun neben ihrem griechischen Mann auf dem Mannheimer Hauptfriedhof begraben. Sie liebte »Lewerknödel« und Sauerkraut, fuhr gern mit ihrer Familie mit dem Mercedes Benz in den Urlaub nach Griechenland und hatte viel Spaß mit ihren internationalen Kolleg\*innen in den Fabriken, in denen sie allerdings durch die körperlich schwere Arbeit ihre Gesundheit ruinierte. Sie und ihr Mann ermöglichten ihren zwei Kindern ein Studium, die beide erfolgreiche Karrieren absolvierten. Ageliki verstand sich als echte Mannheimerin, aber nicht als Deutsche.

In dem Interview, das ich im Zuge eines Film- und Ausstellungsprojektes anlässlich des 50. Jubiläums des sogenannten ersten Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und Italien mit ihr führte, beklagte sie dennoch klar und deutlich, dass ihr nie aktiv angeboten worden war, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Deshalb habe sie nie alle Rechte genossen, die ihr als Staatsbürgerin zugestanden hätten, darunter das grundlegende demokratische Recht, mitbestimmen und wählen zu dürfen. Und genau wie viele andere aus ihrer Generation störte sie sich an den Begriffen, mit denen sie zeitlebens benannt wurde: »Gastarbeiter«, *Ausländer*.

Dieser kurze Einblick in ein migrantisches Leben reißt viele Erfahrungen und Perspektiven an, die der Mehrheitsbevölkerung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland bisher wenig bekannt oder bewusst sind: Etwa, wie offen Migrationsprozesse sind und wie wenig sich deren Verläufe bestimmen lassen. Dass Migrant\*innen sich eigensinnig beheimateten, auch wenn von ihnen erwartet wurde, dass sie als »Gäste« wieder gehen sollten, und ihnen das durchaus sehr bewusst war. Dass ihnen ebenso bewusst war, dass

sie vieler Rechte entbehrten. Und – das ist wohl weniger bekannt – dass ein sehr großer Anteil von ihnen Rassismuserfahrungen gemacht hat. Auch Ageliki Gountenidou erzählte von einem Erlebnis in der Fabrik von ZEWA Mannheim, das sie noch vierzig Jahre später bewegte:

Einmal hat unser Schlosser bei Zellstoff, als ich ihn bat, etwas an meiner Maschine auszubessern, gesagt: »Hau ab, du dreckiger Ausländer!« Das hat wehgetan. Die Augen haben nicht geweint, aber das Herz.<sup>8</sup>

Freilich werden diese Erlebnisse von den Betroffenen nur selten als Rassismuserfahrungen bezeichnet. Diese Geschichten gehören vielmehr auch für sie selbst zum typischen Leben eines ›Gastarbeiters‹. Rassismuserfahrungen sind ohnehin in ihrer Mehrzahl unspektakulär, werden durch ihre Häufigkeit normalisiert und in ihrer Normalität unsichtbar, was es noch schwieriger macht, sie zu erfassen. Oft können Betroffene nicht mit Sicherheit sagen, ob sie wegen ihrer Herkunft, ihrer Zugehörigkeit zur Gruppe der *Ausländer*, ungleich, abwertend oder aggressiv behandelt wurden. Auch das habe ich in zahlreichen biographischen Interviews mit Migrant\*innen erlebt, die offenbar mitten im Erzählen anfangen, darüber nachzudenken, inwiefern ihre Lebenschancen von Diskriminierungen beeinträchtigt worden waren, die sie wegen ihrer Herkunft oder ihrer Zugehörigkeit zur Gruppe der *Ausländer* erlebt hatten.

Diese Gegengeschichten zum dominanten Erfolgsnarrativ der Bundesrepublik als einer pluralistischen, rassismusfreien Demokratie sind essentiell, um die Geschichtsschreibung und das historische Bewusstsein der Einwanderungsgesellschaft Deutschland zu rechtzurücken. Die Gegengeschichten und Gegenperspektiven der Eingewanderten, die nicht nur in Form von mündlichen Erzählungen vorliegen, sondern auch bei der neuerlichen Analyse und Interpretation von Dokumenten, Texten, Praktiken und Ereignissen zutage treten, müssen also nicht nur gehört und am Rande erzählt werden. Nein, sie müssen in die große Meistererzählung ein-

fließen, in eine veränderte Version der neueren deutschen Geschichte.

Da Migrant\*innen als Akteur\*innen vor allem lokal greifbar werden, so wie ihre Einwanderungsprozesse insgesamt lokal verortet sind, werde ich in diesem Buch die Geschichte der deutschen Einwanderungsgesellschaft vom Lokalen ausgehend erzählen. Die Industriestadt Mannheim, die, so der retrospektive Blick, seit ihrer Gründung eine Migrationsstadt war, dient mir dabei als Bezugspunkt, auf den ich immer wieder episodisch und themenspezifisch zurückkomme. Daraus ergibt sich auch der klare Schwerpunkt auf die Geschichte der (alten) Bundesrepublik Deutschland.

Der Blick auf die vorrepublikanische Zeit ermöglicht es zunächst, die Parameter der Geschichte der Einwanderungsgesellschaft sichtbar zu machen, die seit der Kaiserzeit bis direkt vor der ›Stunde Null‹ gesetzt wurden und die über diese scheinbare Epochen­grenze hinweg weiterwirkten. Es folgt ein Kapitel zur ersten, meist vergessenen Ausländergruppe der BRD, den »heimatlosen Ausländern«, und deren Aufnahme. Anschließend wird es um die arbeitenden »Gäste« und darum gehen, wer sie waren, warum sie kamen und weshalb sie nicht bleiben sollten. Nach einem Kapitel zur Genese des »ausländischen Mitbürgers« und des »Schein­asylan­ten« be­fasse ich mich mit der lang anhaltenden Konjunktur des Rassismus, die von 1980 bis zur Mitte der 1990er Jahre anhielt und die ihren Höhepunkt im vereinigten Deutschland erreichte. Zuvor wird ein kurzer Blick auf die andere Seite der Mauer geworfen.

Angesichts der 30-jährigen Archiv­sperr­e und des daraus folgenden weitgehenden Fehlens von regierungsamtlichen Quellen ist die Abhandlung der Jahre nach 1990 nur eingeschränkt möglich. Ab diesem Zeitpunkt muss meine historiographische Analyse auf andere Quellen zurückgreifen, weshalb ich die jüngste Vergangenheit lediglich in einem eher auf Hypothesen basierenden Ausblick be­handle. Das Buch schließt mit einigen Kontrapunkten migran­tischer Akteur\*innen zu den damals und teilweise heute noch aktuellen Debatten.

## Vor der ›Stunde Null‹ – Migrationen, Herkunftshierarchien und die Geburt der »Volksgemeinschaft«

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg war das Deutsche Kaiserreich weltweit das zweitgrößte Zuwanderungsland nach den USA. Allerdings betrachtete man die Migrant\*innen in der Regel nicht als Einwanderer\*innen, die sich dauerhaft niederlassen und schließlich neue Deutsche werden konnten. Vielmehr war in den Jahrzehnten zuvor, von der Initiative Preußens ausgehend, ein Migrationsregime aufgebaut worden, das massenhafte Arbeitsmigration mit einem Anti-Einwanderungssystem zu verbinden suchte. Dadurch konnten zwei entgegengesetzte Tendenzen koexistieren: Der hungrige Arbeitsmarkt versorgte sich mit allzeit verfügbaren, günstigen und weitgehend rechtlosen ausländischen Arbeitskräften, und gleichzeitig war eine zunehmend an völkischen und rassentheoretischen Ideen orientierte »deutsche Bevölkerungspolitik« möglich. Beide Strategien zielten primär auf die östlichen Nachbarn, die als Arbeitskräfte gefragt, aber nicht als »wertvoller Bevölkerungszuwachs« geschätzt waren.

Die »Arbeitseinfuhr« von jenseits der östlichen Grenzen Deutschlands changierte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwischen saisonaler Wanderarbeit mit Rückkehrzwang und erzwungenem Arbeitseinsatz bei Rückkehrverbot: Im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg stellten Arbeiter\*innen aus dem Osten Europas die Mehrheit der Zwangsarbeiter\*innen. Zwangsarbeit und Konzentrationslager waren allerdings schon zuvor in den überseeischen Kolonien Deutschlands erprobt worden. Sie wurden dort zur Bestrafung und Disziplinierung eingesetzt, etwa im Fall der widerständigen Nama in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia. Allerdings war die Arbeit der »Eingeborenen«, die weder als Teil der deutschen Bevölkerung angesehen noch rechtlich auch nur annähernd als solche behandelt wurden, in den deutschen »Schutzgebieten« auch aus wirtschaftlichen Gründen gefragt und wurde dort ebenfalls oft erzwungen.

Die extreme NS-Rassenideologie und die Radikalität ihrer Um-

setzung, besonders auch im Umgang mit Zwangsarbeiter\*innen aus dem Osten Europas während des Zweiten Weltkrieges, haben Geschichtswissenschaftler\*innen lange dazu bewogen, die deutsche Migrationsgeschichte vor 1933, jene in den zwölf Jahren zwischen 1933 und 1945 und jene der Zeit danach als mehr oder weniger eigenständige historische Etappen zu betrachten. Das galt umso mehr, nachdem die sogenannte Sonderwegthese vom Tisch war: Deren Anhänger\*innen hatten postuliert, dass die Entwicklungen in Deutschland seit dem Kaiserreich – etwa der deutsche Militarismus oder die völkische Bewegung – zwangsläufig zum »Dritten Reich« geführt hätten. Zwar ist ein derart deterministisches Denken, das historische Ereignisse quasi als Schicksal begreift und damit die Akteur\*innen bzw. die gesamte Gesellschaft aus der Verantwortung entlässt, schwerlich plausibel. Ebenso wenig ist die Behauptung haltbar, es habe keine anderen Handlungsoptionen gegeben. Dennoch muss die Zeit vor 1933 auch als Vorgeschichte des Nationalsozialismus betrachtet werden.

Als gleichermaßen irreführend erwies sich die Auffassung, das Jahr 1945 trenne die NS-Zeit wie eine Barriere sauber von der Zeit danach. Die Historiographie hat die Vorstellung einer ›Stunde Null‹, nach der in Deutschland vermeintlich alles neu begann, inzwischen hinter sich gelassen. Somit ist ein frischer Blick auf den Umgang mit Migration bzw. mit Herkunftsdifferenz in Deutschland über einen langen Zeitraum hinweg geboten. Dabei geht es nicht darum, Vergleiche zwischen den Epochen anzustellen, sondern in der Zusammenschau neben den Brüchen auch die Kontinuitäten zu erkennen und deren Auswirkungen nachzuspüren – freilich können im Zusammenhang dieses Buches nur einzelne Aspekte beleuchtet werden.

Als wirkmächtige Kontinuität festigte sich etwa der Gegensatz ›Deutscher und *Ausländer*‹. Migrant\*innen wurden zu den ›Anderen‹ der Deutschen, was nicht nur dem Begriff *Ausländer* ein ganz spezifisches Gepräge gab, sondern auch das Leben und die Chancen dieser ›Migrationsanderen‹ als gedachte Gruppe, aber auch als einzelne Individuen, in der gesamten Zeitspanne sehr stark mitbe-

stimmen konnte. Darüber hinaus wurden Migrant\*innen über den gesamten Zeitraum hinweg stets nach ihrer Herkunft hierarchisiert. Noch heute bestimmt der Wert, der der jeweiligen Herkunft zugeordnet wird, den Ort oder auch Nicht-Ort dieser Gruppe in der deutschen Gesellschaft. Dabei blieben einige Herkünfte konstant am unteren Ende der Hierarchie, andere haben im Laufe der Jahre im Rahmen von anderen, parallel verlaufenden ›Identitätsgeschichten‹ die Stufe in dieser Hierarchie gewechselt – etwa mit dem Aufkommen einer ›europäischen Identität‹.

Auf welche Weise Herkunft in der Zeit zwischen 1890 und 1945 hierarchisiert wurde, möchte ich am Beispiel der polnischen Arbeiter\*innen konkretisieren: Zwar unterschied sich deren Lebensrealität in den drei aufeinanderfolgenden Regimen in Deutschland, nämlich dem Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem »Dritten Reich«, wesentlich. Dennoch war sie in ähnliche Gesellschaftsstrukturen und Wissensbestände eingebettet.

Im Kaiserreich hatten die sogenannten »Auslandspolen« weniger Rechte als andere Migrant\*innen, was auch in sichtbare Markierungen übersetzt wurde: Ab 1909 erhielten alle ausländischen Arbeitsmigrant\*innen Legitimationskarten, die ihnen je nach Herkunft bestimmte Rechte zuteilten, was durch die unterschiedlichen Farben der Karten veranschaulicht wurde. Die rote Karte der »Auslandspolen« bedeutete etwa, dass sie der Karenzzeit unterlagen. Sie mussten also jeden Winter Deutschland verlassen und wurden bei Zuwiderhandeln abgeschoben. Für alle anderen Herkunftsgruppen galt der saisonale Rückkehrzwang nicht. Die jeweils unterschiedlichen Rechte und Gebote, die für eine Gruppe galten, waren für die kontrollierenden Polizeibehörden an der Kartenfarbe sofort ablesbar.

Auch die Rechte und Privilegien der sogenannten »fremdvölkischen Zivilarbeiter« im »Dritten Reich« waren durchgängig nach Herkunft gegliedert: So erhielten die sogenannten »Westarbeiter« aus Frankreich und Holland weitaus großzügigere Essensrationen von besserer Qualität als die polnischen Zwangsarbeiter\*innen, die wiederum noch über den »Ostarbeitern« aus der Sowjetunion stan-

den. Die unterste Stufe der Hierarchie war den zumeist jüdischen Sklavenarbeiter\*innen zugeordnet, die durch Arbeit ohnehin den Tod finden sollten. Die sichtbaren Zeichen ihrer Kategorisierung waren ein an der Kleidung befestigtes, gut sichtbares P bzw. O oder der gelbe Davidstern.

Diese Zeichen dienten dazu, in diesen nach Herkunft segregierten Gesellschaften die unterschiedlichen Gruppen, die mit den Deutschen auf engstem Raum zusammenarbeiteten, erkennbar zu machen. Je extremer das Regime in dieser Hinsicht war, desto wichtiger war die Sichtbarmachung. Schließlich ließ sich die Herkunft der ausländischen Arbeiter\*innen oder weiterer Minderheiten in Deutschland nicht an äußeren Merkmalen festmachen. Die Betroffenen trugen das Zeichen ihrer Differenz nicht direkt auf der Haut, im Gegensatz zu den Schwarzen Amerikaner\*innen, den mexikanischen oder chinesischen Arbeitsmigrant\*innen in den USA, die anhand phänotypischer Merkmale kategorisiert und hierarchisiert wurden. Derartige Assoziationen stellten schon Zeitgenossen wie der Agrarökonom August von Waltershausen her. Er schrieb 1903 in Bezug auf die gesamte ausländische »Arbeiterschicht zweiten Grades« in Deutschland, dass sie die gleichen Funktionen erfülle wie »der Neger in den nordamerikanischen Oststaaten, der Chinese in Kalifornien, der ostindische Kuli in Britisch-Westindien, der Japaner in Hawaii, der Polynesier in Australien«.<sup>1</sup>

Trotz der beschriebenen Hindernisse migrierten Menschen, wie sie es schon immer getan hatten, über Staatsgrenzen hinweg und wurden sesshaft. Oft widersetzten sie sich dabei den Kontrollansprüchen des Staates und wurden mit Widerwillen und Diskriminierungen innerhalb der Gesellschaft konfrontiert, in die sie einwanderten oder durch Grenzverschiebungen oder koloniale Eroberungen hineinkatapultiert wurden.

## Imperiale Verhältnisse

1884/85 trat das Deutsche Kaiserreich als »verspätete Nation« direkt in die Phase des Hochimperialismus ein und wurde zum Kolonialreich. Die überseeischen Kolonien stellten in der wilhelminischen Ära einen der imperialen Grenzräume dar, in denen es um das »Schicksal des deutschen Volkes« ging, das seiner »Überlegenheit« als »Kulturvolk« weltweit Geltung verschaffen sollte. Auch im östlichen Grenzgebiet Preußens trieb man die Konsolidierung des ›Deutschtums‹ voran, indem die weitere Ansiedlung und kulturelle Dominanz von Deutschen gefördert wurden. In beiden imperialen Grenzräumen, so die Historikerin Dörte Lerp, sicherte sich das Kaiserreich die Herrschaft über die in Besitz genommenen Territorien und die dortige Bevölkerung, indem es Deutsche von Nicht-Deutschen scharf trennte und Ausbeutungsstrukturen zugunsten ersterer etablierte. Obwohl beide Kolonialismen – der überseeische und der osteuropäische – innerhalb des Kaiserreichs immer wieder kritisiert wurden, prägten sie Deutschland nachhaltig, was die Produktion von rassistischen Wissensbeständen über ›Deutsche und Ausländer‹ betrifft.

Das polnische Königreich war unter den europäischen Mächten mehrfach aufgeteilt worden und seit 1796 als eigenständiger Staat vollständig von der Karte verschwunden. Die damit verbundenen Gebietszugewinne hatten Preußen neue polnisch-sprachige Untertan\*innen eingebracht, die nun preußische Staatsbürger\*innen wurden. Nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 wurde die polnischsprachige Bevölkerung Preußens allerdings immer mehr als Fremdkörper empfunden: Das betraf polnischstämmige Deutsche ebenso wie die sogenannten Auslandspolen, also jene, die unter der Herrschaft Russlands und der Habsburger Monarchie standen und die wie zuvor, insbesondere in den Grenzregionen, auf ›deutschem Territorium‹ mobil waren.

Mittels Germanisierungsmaßnahmen und im Kulturkampf gegen die katholische Kirche – der die polnischsprachigen Deutschen zumeist angehörten – sowie deutscher Siedlungs- und Kolonisie-

rungstätigkeiten an den Ostgrenzen wurden sie unter der Federführung des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck zunehmend als zentrale Gefahr für die deutsche Nation bekämpft. Die »polnische Gefahr« wurde dabei nicht nur an politischen nationalpolnischen Aktivitäten festgemacht, sondern auch am Fortleben polnischen Sprach- und Kulturbewusstseins, sowie an den Jahrzehnte andauernden massenhaften Arbeits- und Transmigrationsbewegungen von Osten nach Westen.

Einen Höhepunkt erreichte die »polnische Abwehrpolitik« 1885, als eine große Zahl von »Russisch-Polen« aus den östlichen Provinzen Preußens ausgewiesen wurde. Personen, die teilweise seit Generationen dort lebten und sich ihres formaljuristischen Status als Ausländer nicht einmal bewusst waren, wurden binnen einiger Tage ausgewiesen oder regelrecht vertrieben. Als entscheidendes Kriterium definierte die amtliche Statistik die Abstammung – nicht aber die Sprachkenntnisse oder die nationale Selbstzuschreibung der Betroffenen. Das zeigt sich klar im Wortlaut der preußischen Ausweisungsbefehle von 1885:

[D]a festgestellt worden ist, daß Sie durch Ihre Abstammung, wenn auch der deutschen Sprache mächtig, zu der Kategorie der gedachten Ausländer gehören, werden Sie im Auftrag der Landespolizeibehörde hiermit angewiesen, Ihren gegenwärtigen Aufenthalt [...] und das preußische Staatsgebiet [...] mit ihren Familienangehörigen zu verlassen und sich auf dem kürzesten Wege nach Ihrem zukünftigen Aufenthaltsort im Auslande zu begeben.<sup>2</sup>

In derartigen Prozessen begann sich die binäre Vorstellung von »Deutschen und *Ausländern*« herauszubilden, die bei der Volkszählung 1890 erstmals in die neuen statistischen und rechtlichen Kategorien des »Reichsangehörigen« und des »Reichsausländers« gegossen wurde. Diese formaljuristische Unterscheidung zwischen Deutschen und Ausländern wurde laut der Historikerin Léa Renard zwar erst nach zwei Weltkriegen »auch zu einer lebensweltlichen,

alltagspraktischen Kategorisierung«.<sup>3</sup> Doch der Definitionsprozess dessen, wer Deutsche\*r war und wer nicht, trat zu jener Zeit in eine höchst dynamische Phase ein, die von vielen Faktoren beeinflusst wurde.

Es war das Zeitalter der Biopolitik, in dem immer effizienter agierende und sich auf die neuen positivistischen Wissenschaften berufende nationale Staatsapparate die Zusammensetzung und Eigenschaften ihrer Bevölkerungen zu bestimmen, zu kontrollieren und zu manipulieren suchten: Das geschah etwa durch die Einführung von Pässen, das Führen von Statistiken, soziologische, biologische, medizinische Studien und Maßnahmen wie etwa medizinische Grenzkontrollen.<sup>4</sup> Besonders angesichts von Migration stellte sich die Frage, wer Teil der Bevölkerung werden durfte und wer nicht – und wie dies reguliert und überwacht werden könnte.

Doch von den antipolnischen Maßnahmen waren auch immer wieder preußische und damit deutsche Staatsbürger\*innen betroffen. Beispielsweise ein großer Teil der sogenannten Ruhrpolen, die vom landwirtschaftlich geprägten Osten in den Westen gezogen waren, um dort als Bergleute zu arbeiten, oder auch die polnischsprachige Bevölkerung in Posen, die dort sogar die Mehrheit stellte. Parallel dazu versuchte man stets, die polnischsprachigen Deutschen durch Germanisierungsmaßnahmen von ihrem »minderwertigen, stets zu Exzessen geneigten« Wesen zu befreien und der »Überlegenheit des Deutschtums« näherzubringen, wie es eine preußische Denkschrift von 1898 formulierte.<sup>5</sup> Darauf reagierten die Gemaßregelten jedoch oft mit kollektivem oder individuellem Protest und Widerstand.

Besonders mit Blick auf Posen schrieb der Vorstand des Alldeutschen Verbands, Ernst Hasse, 1906: »Die harmlosen Gemüter, die uns noch immer den Rat zu geben wagen, um des lieben Friedens willen ›unsere Mitbürger polnischer Zunge‹ sänftiglich zu behandeln«, seien »mehr als kindlich«, da sie »nicht daran glauben, daß wir uns in einem von den Polen aufgedrängten Kriegszustande befinden.« Deshalb solle man die Polen zwar nicht »ausrotten«, aber »durch eine anders gestaltete Grenze [...] dauernd unschädlich«